

# Keine neuen AKWs im Baselbiet – sie behindern den schnellen Zubau der Erneuerbaren und gefährden die Strom-Versorgungssicherheit

Der Bundesrat will den erklärten Willen des Schweizer Stimmvolkes missachten:

1. Neue AKWs leisten keinen Beitrag zur Versorgungssicherheit und zu Netto-Null-2050, denn sie kommen zu spät, sind immer noch gefährlich und zu teuer.

**Der Kanton Basel-Landschaft soll sich aktiv gegen den Bau neuer AKWs einsetzen und diesen Standpunkt gegenüber dem Bundesrat vertreten. Der Kanton Basel-Landschaft erfüllt damit einen Auftrag, der in der Kantonsverfassung festgeschrieben ist.**

2. Die seit Jahren bemängelten Probleme (Endlager, Gefährlichkeit, Auslandabhängigkeit) sind bis heute nicht gelöst.

**Der Kanton Basel-Landschaft soll den Ausbau der erneuerbaren Energien priorisieren und beschleunigen.**

3. Die AKW-Revival-Diskussion stört den dringend nötigen, schnellen Aufbau der erneuerbaren Energien.

**Der Kanton Basel-Landschaft soll sich für eine konsequente Überwachung und schrittweise Abschaltung der alten Reaktoren einsetzen.**

4. Der Bundesrat missachtet den Volkswillen – vor 7 Jahren hat die Schweiz mit 58% JA den Atomausstieg beschlossen. Seither hat sich nichts geändert.

**Der Volkswillen muss respektiert werden, daher soll sich der Kanton Basel-Landschaft gegen den Bau neuer AKWs aussprechen.**

**Subventionen für Atomstrom darf es nicht geben, stattdessen sollen die finanziellen Mittel in Investitionen in erneuerbare Energien und Speichertechnologien fließen.**

## Erläuterungen:

1. Neue AKWs liefern vor 2050 keinen Beitrag zur Versorgungssicherheit: Die Erreichung des Klimaziels – Netto-Null-2050 – ist ohne neue AKWs zu erreichen. Bewilligungsverfahren und Bauprozesse würden mindestens 25 Jahre in Anspruch nehmen. Zudem sind neue AKWs immer noch gefährlich und zu teuer.
2. Jetzt neue AKWs planen ist Sand im Getriebe der erneuerbaren Energie: Der Bau neuer Atomkraftwerke würde Politik und Verwaltung stark in Anspruch nehmen. Der Gestaltungswille und die Entschlossenheit sollen dem Auf- und Ausbau erneuerbaren Energien dienen. Kantone, Gemeinden und Energierunternehmen brauchen Klarheit über den Umbau in Richtung einer Energieversorgung mit erneuerbaren Energien.
3. Der Weiterbetrieb der weltweit ältesten Reaktoren steigert das Unfallrisiko deutlich: Mit der Formel «Solange sie sicher sind, dürfen sie weiter betrieben werden» verdrängt der Bundesrat die bekannten Restrisiken der laufenden Anlagen, namentlich Erdbeben,

Flugzeugabstürze, Terrorgefahr und kriegerische Auseinandersetzungen (siehe Sapporischia) sowie spontane Störfälle und Betriebsunterbrüchen wegen „Material-Ermüdungen“ in den veralteten Reaktoren. Der Weiterbetrieb stellt darum für die Versorgungssicherheit ein Risiko dar, da risikogetriebene Abschalttermine nicht rechtzeitig geplant werden können.

4. Die Aufgabe des AKW-Neubauverbots durch den Bundesrat widerspricht einem erst vor kurzem gefassten deutlichen Volkswillen (58% JA). Die SP wehrt sich entschieden gegen die sachlich unbegründete Missachtung des Volkswillens durch den Bundesrat.
5. Ohne erhebliche Subventionen kein neuer Atomstrom: Axpo, Alpiq und BKW wollen nach eigenen Angaben keine neuen AKWs bauen, geschweige denn aus eigenen Mitteln finanzieren. Atomstrom aller gegenwärtig verfügbarer AKW-Typen ist erfahrungsgemäss zwei- bis dreimal so teuer wie neuer PV- und Windstrom. Darum fordern Atomlobbyisten, dass der Staat den Grossteil der Kosten übernehmen soll. Das bedeutet entweder Steuererhöhungen oder Ausbaurverzögerungen der viel effizienteren und billigeren erneuerbaren Energien inkl. Speicher. Ein solches Vorgehen würde die Versorgungssicherheit empfindlich schwächen.
6. Alle AKW-Typen, die bis 2050 zur Verfügung stünden, sind gefährlich (3te Generation): In den nächsten 25 Jahren stehen praktisch nur die heute laufenden Leichtwasser-Reaktortypen zur Verfügung, die auf Konzepten aus den 1980er Jahren basieren. Sie weisen weiterhin hohe Unfallrisiken auf (5 von 200 bisher stillgelegten AKW erlitten katastrophale Kernschmelzunfälle). Sie produzieren weiterhin hoch-radioaktive, langlebige Abfälle, die zu hohen Kosten während einer Million Jahre von der Biosphäre ferngehalten werden müssen. Und sie sind auf nukleare Brennstoffe aus teilweisen sehr problematischen Ländern angewiesen. Sie schaffen potenzielle Gefährdungen und stellen in Krisensituationen und Kriegszeiten ein hohes Risiko dar (siehe Ukraine- und Iran-Krieg).